

Aufnahmebogen für Arbeitsrecht

Nachfolgende Angaben dienen ausschließlich einer effizienten Kommunikation unseres Mandatsverhältnisses. Die Daten werden vertraulich behandelt und unterliegen der anwaltlichen Schweigepflicht. Bitte informieren Sie uns über jede eintretende Veränderung während unserer Zusammenarbeit:

Persönliche Angaben

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____ Hausnummer: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Geburtsdatum: _____ Geburtsort: _____

Staatsangehörigkeit: _____ Familienstand: _____

Telefon privat: _____ Telefon geschäftlich: _____

Fax: _____ Mobil: _____

E-Mail-Adresse: _____

Ich wünsche Versendung des Schriftverkehrs per:

Post

E-Mail

Hinweis: Die Korrespondenz per E-Mail erfolgt unverschlüsselt.

Angaben zum Arbeitgeber

Firmenname: _____

Rechtsform: _____ Inhaber: _____

Straße: _____ Hausnummer: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____ Fax: _____

E-Mail-Adresse: _____ Angestellte: _____

Arbeiter: _____ Auszubildende: _____

Teilzeitarbeitskräfte: _____

Angaben zur Tätigkeit

Eintrittsdatum: _____ Tätigkeit: _____

Unterbrechung der Betriebszugehörigkeit vom _____ bis _____

Gewerkschaftsmitglied: Nein Ja, bei _____

Bruttoverdienst: _____ Steuerklasse: _____

wöchentl. Arbeitszeit: _____ zusätzl. Leistungen: _____

betriebliche Altersvorsorge: Nein Ja

Angaben zur Kündigung

Liegt ein Arbeitsvertrag vor? Nein Ja

Liegt ein Tarifvertrag vor? Nein Ja

Ist ein Betriebsrat vorhanden? Nein Ja

Ist der Betriebsrat angehört worden? Nein Ja

Zugang der Kündigung: _____ Grund: _____

Art der Kündigung? ordentlich außerordentlich

Hat das vertretungsberechtigte Organ gekündigt (§ 14 Abs. 1 KSchG)? Nein Ja

Abmahnungen? Nein Ja, am _____

Zurückweisung nach § 174 BGB? Nein Ja

Besonderer Kündigungsschutz? _____

Haben Sie Ihre Arbeitspapiere erhalten? Nein Ja

Sind Sie zurzeit krankgeschrieben? Nein Ja, _____

Angaben zu den Ansprüchen

rückständige Vergütungsansprüche: Nein Ja, in Höhe von _____

Werden diese Ansprüche tangiert durch tarifliche oder individualvertragliche Ausschlussfristen?
 Nein Ja

Bindungsklausel/Rückzahlungsvorbehalte: Nein Ja, _____

Soll der Arbeitsplatz erhalten bleiben? Nein Ja

Möchten Sie ein Arbeitszeugnis? Nein Ja

weitere Ansprüche gegen den Arbeitgeber: _____

Angaben zur Bankverbindung

Bank: _____ IBAN: _____

BIC: _____ Kontoinhaber: _____

Angaben zur Zahlung

Selbstzahler per Beratungshilfe (Bitte Beratungshilfeschein vorlegen)

Rechtsschutzversicherung

Angaben zur Rechtsschutzversicherung

Versicherungsgesellschaft: _____

Versicherungsnummer: _____ ggf. Schadennummer: _____

Versicherungsnehmer: _____

Selbstbeteiligung: Ja Nein Höhe:

Ich bin auf die Kanzlei aufmerksam geworden durch

Empfehlung von: _____

Internet Homepage sonstiges

Hinweise:

1. Mit Ihrer Unterschrift unter diesen Mandantenaufnahmebogen erklären Sie, dass Sie unsere „Allgemeinen Mandatsbedingungen“ sowie die „Hinweise zur Datenverarbeitung“ gesondert erhalten haben. Sie erklären sich ausdrücklich mit der Erhebung und Speicherung der von Ihnen angegebenen, personenbezogenen Daten – bis zum Widerspruch – im Sinne der DSGVO einverstanden.
2. Arbeitsverträge enthalten - zum Teil - Tarifverträge regelmäßig, so genannte Ausschluss-oder Verfallklauseln, wonach Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis innerhalb bestimmter kurzer Fristen außergerichtlich und ggf. innerhalb weiterer Fristen gerichtlich geltend zu machen sind. Derartige tarifliche oder einzelvertragliche Ausschlussfristen sind unbedingt einzuhalten. Dementsprechend ist von Ihnen sorgfältig zu überprüfen und mitzuteilen, ob und welche tarifvertragliche Vorschriften auf das Arbeitsverhältnis Anwendung finden! Weiter teilen Sie bitte mit, ob und seit wann Ansprüche offen stehen, die verfallen können.
3. Bei Kündigungen ist eine 3-Wochen-Frist zur Klageerhebung (beginnend ab dem Tag des Zugangs der Kündigung) zu wahren, soweit das Kündigungsschutzgesetz anwendbar ist. Geht eine Klage nach Ablauf der 3-Wochen-Frist bei dem Gericht ein, gilt die Kündigung als wirksam.

4. Im arbeitsgerichtlichen Verfahren I. Instanz hat jede Partei gem. § 13 a ArbGG - unabhängig vom Ausgang des Verfahrens - Ihre außergerichtlichen Kosten (Anwaltskosten) selbst zu tragen. Eine Kostenerstattung durch die Gegenseite ist ausgeschlossen.
5. Gem. § 49 b Abs. 5 BRAO wird darauf hingewiesen, dass sich die anfallenden Gebühren der anwaltlichen Tätigkeit nach dem Wert des jeweiligen Gegenstand richten, soweit nicht eine abweichende Vergütungsabrede (Pauschal- oder Zeitvergütung) vereinbart wird.

_____, den _____ Unterschrift: _____